

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

- Rede zum Haushalt 2016 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Können Sie sich noch an den Schlager aus dem Jahre 1977 von Johanna von Koczian erinnern? „Das bisschen Haushalt macht sich von allein, das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein, ...“.

Wenn es so wäre, wäre es schön. Aber dem ist natürlich nicht so. Nicht nur der Fachbereich Finanzen, nein, das gesamte Rathaus ist an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt und hat uns nun zeitgerecht die abschließende Vorlage unterbreitet.

Eine Vorlage, die umfangreich, wenn auch nicht auf Anhieb immer zu 100% nachvollziehbar ist. Es bedarf immer wieder diverser Erklärungen, die wir auch – das gebe ich zu – in den Sitzungen und auch auf Nachfrage von der Verwaltung bekommen haben. Ein vernünftig erstellter Haushaltsbegleitbericht aber wäre sehr viel hilfreicher, zumal dieser auch dem Landkreis zur Genehmigung vorgelegt werden muss und somit ohnehin zu erbringen ist. Andere Kommunen einschließlich Landkreis sind da besser organisiert. Aber sei's drum. Ich gebe die Hoffnung nicht auf und warte auf das nächste Jahr.

Von dem ersten Entwurf aus dem August 2015 bis heute haben sich die Zahlen naturgemäß verändert. Und ein ‚bisschen‘ Haushalt ist das keinesfalls: der Ergebnishaushalt – also der Bereich, in dem die Erträge und die Aufwendungen des Jahres veranschlagt und damit das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch unserer Gemeinde abgebildet werden – beläuft sich auf 34.600.000 € und ist, wie es auch sein muss, ausgeglichen. Wenn man eine Haushaltsrede schreiben muss, kommt man unweigerlich dazu, mal in den alten Unterlagen zu blättern. Vor 5 Jahren, also im Haushalt 2011, umfasste der Ergebnishaushalt noch 24.500.000 € - also 10 Mio. € weniger.

Woher kommen nun die ganzen Erträge?

Aus unseren kommunalen Steuern, aus den Gemeindeanteilen aus der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, aus den Schlüsselzuweisungen des Landes.

Wir haben im letzten Jahr unsere Grundsteuern und unsere Gewerbesteuer leicht erhöht - um 15 Punkte. Das hat uns in diesem Jahr ca. 500.000 € mehr eingebracht, die wir gemeinsam für Bildung, Straßen usw. verausgabt haben. Wir haben damit erreicht, dass wir dringend erforderliche Aufgaben erfüllen konnten. Wir konnten auf die Erhöhung keinesfalls verzichten. Und dies schlägt sich natürlich auch im Haushalt 2016 nieder.

Unabhängig von der Steuererhöhung aber macht sich auch die gute Wirtschaftslage in unserer Gemeinde bemerkbar. Wir haben eine Gewerbesteuer von 8,8 Mio. € zu erwarten. 2014 waren noch 7,3 Mio. € veranschlagt. Und der Einkommensteueranteil beträgt für das nächste Jahr 8,3 Mio. €. 2014 waren es noch 6,6 und 2015 schon 7,7

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

Mio. €. Das ist Folge einer guten Beschäftigungslage, denn der Verteilungsschlüssel richtet sich nach der Anzahl der steuerpflichtigen Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde. Und im Ammerland haben wir eine Arbeitslosenquote von nur 3,8%. (Übrigens nur am Rande: bei uns im Ammerland haben wir eine Arbeitslosenquote bei den unter 20jährigen von nur 0,9 – deutschlandweit eine der niedrigsten.) Der Einkommensteueranteil ist demnach eine der ergiebigsten Einkunftsquellen der Kommunen. In der Regel erhält die Gemeinde 15 Cent pro gezahlten Euro an Einkommensteuer. Beeinflussen können wir das jedoch nur bedingt. Natürlich spielt dabei auch der Zuzug von einkommensteuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürgern eine Rolle. Je mehr einkommensteuerpflichtige Einwohner, desto mehr Einnahmen. Auf diese einfache Formel kann man das Ganze herunter brechen.

Aber das alles hat auch eine Kehrseite. Logischerweise werden sich dadurch auch mehr Ausgaben ergeben. Das wissen auch Bundes- und Landesgesetzgeber. Deshalb erhält man ja personenzahlabhängige Zuschüsse.

Unsere Ausgaben?

Wir haben die laufenden Ausgaben, die allesamt unabdingbar sind. Das Ganze ist spitz auf Knopf durchdacht, wobei mich immer noch die Personalsituation irritiert. M.E. ist die Personaldecke lediglich knapp ausreichend. Dies meine ich nur in Bezug auf die Quantität, keinesfalls bezogen auf die Qualität, die nach wie vor gut ist. Ich glaube, die eine oder andere zusätzliche Kraft dürfte durchaus noch notwendig sein. Die Aufgaben einer Gemeindeverwaltung nehmen schließlich immer mehr zu. Und je mehr Einwohner wir haben, desto mehr Personal ist naturgemäß auch erforderlich.

Apropos neue Aufgaben: viele Menschen fliehen derzeit vor Terror und Gewalt in ihrer Heimat. Sie nehmen unwahrscheinliche Strapazen und Risiken auf sich, um ihr nacktes Leben und das ihrer Kinder zu retten. Diesen Menschen muss geholfen werden. Und das tun wir alle. Und an dieser Stelle möchte ich für die SPD-Fraktion, für die ich ja spreche, die vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde loben und ihnen danken für ihre hervorragende und aufopferungsvolle Arbeit, die sie leisten. Diese Arbeit ist unbezahlbar. Ohne sie würde das ganze System nicht so funktionieren. Und, das darf man nicht verkennen, sie hilft der dringend erforderlichen Integration der Menschen. Aber diese Aufgabe ist nicht nur die von Ehrenamtlichen, nein, sie ist in erster Linie eine Aufgabe der Verwaltungen in unserem Land, auch eine der Gemeindeverwaltung Rastede. Und hier wird unseres Erachtens ebenfalls sehr gute Arbeit geleistet. Auch hierfür nochmals herzlichen Dank.

Aber zurück zu den Ausgaben:

Natürlich verursacht diese für uns alle neue Situation auch Kosten. Die werden der Gemeinde aber weitestgehend erstattet. Im Übrigen wären es Kosten, die wir schon aus humanitären Gründen zu tragen haben und es durchaus auch können.

Gehe ich weiter zu den investiven Ausgaben. Wir investieren im nächsten Jahr über 13 Mio. €, eine gewaltige Summe, die zur Hälfte kreditfinanziert ist, was bei den derzeitigen Zinssätzen jedoch auch kein großes Problem darstellt. Wichtig ist nur, dass die Ausgaben auch sinnvoll verwandt werden.

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

Für uns als SPD ist der Bildungsbereich sehr wichtig. Und der wird bedient. Wie schon beim letzten Mal gesagt: wenn wir nichts im Boden haben, dann müssen wir jedenfalls etwas in der Birne haben. Bildung ist Zukunft.

Bildung fängt in der Kita an, zu der ich die Krippe, den Kindergarten und den Hort zähle. Hier sind wir derzeit auf dem Laufenden. Sobald aber Bedarf da ist, muss umgehend reagiert werden. Dies wird unweigerlich kommen, da immer mehr Menschen nach Rastede wollen, was durchaus verständlich und auch gut ist.

Unsere Schulen: Sie werden weiter ausgebaut.

3,5 Mio.€ werden in den nächsten 2 Jahren für die Erweiterung der Ganztagschule in Kleibrok ausgegeben. Hinzu kommt die Neuanlage des Schulhofes. Hier wird auch noch über die dortige missliche Verkehrssituation zu sprechen sein. Insoweit gibt es dringenden Handlungsbedarf. Daneben sollte durchaus eine Teilfläche des ehemaligen Sportplatzes in die Planungen mit eingebracht werden. Auch hierüber müssen wir reden.

Die Feldbreite erhält einen neuen Schulhof, nachdem der alte durch den Anbau in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch das kostet viel Geld, das aber gut angelegt ist.

Die Schulhofsanierung – wie sie wissen, haben wir ja ein entsprechendes Konzept hierfür - geht weiter. Heraus gefallen ist der Schulhof in Hahn-Lehmden. 29.000 € kostet die Sanierung – zum wiederholten Male verschoben, diesmal nach 2019. Wir halten das für völlig falsch. Diese Ausgabe muss möglich sein. Wir fordern die Gemeindeverwaltung auf, hier kurzfristig nachzubessern.

Die KGS erhält im nächsten Jahr einen großen Brocken – energetische Sanierung, Dach- und Raumsanierung, Anbau von Klassen usw. .

Ich könnte jetzt im Bildungsbereich noch vieles aufzählen, aber ich lasse es. Sie können das Ganze auch im Haushaltplan nachlesen.

Auf eines möchte ich aber noch hinweisen: Bei allem, was wir machen darf das Haushaltsrecht nicht außer Acht gelassen werden. Und da will ich nur auf § 110 NKomVG hinweisen, wonach der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gilt. Das bedeutet unter anderem, dass Mittel natürlich nur bedarfsgerecht eingesetzt werden dürfen. Somit sind sog. Vorrats-Beschlüsse, die Haushaltsmittel auf Dauer festlegen, in der Regel rechtswidrig. Deshalb war der Antrag der CDU-Fraktion, den Rasteder Schulen dauerhaft jährlich 100.000 € für Technik zur Verfügung zu stellen, so nicht haltbar. Für 2016 war er ohnehin überflüssig, da die Mittel schon im Haushalt eingestellt waren. Wir wollen den Schulen gerne viel Geld geben. Der Bedarf muss aber nachgewiesen werden. Und dann können es durchaus auch mehr als 100.000 € sein.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Wohnbebauung in unserer Gemeinde eingehen. Wir weisen wiederum 3 Wohngebiete aus: an der Hugo-Duphorn-Straße und Südlich Schlosspark III in Rastede und dann in Hahn-Lehmden Ostermoor II. Alle Gebiete finden grundsätzlich unsere volle Zustimmung. Wir sind teilweise, was die Grundflächenzahl und die äußere Gestaltung der Grundstücke angeht, aber unterschiedlicher Auffassung. Der Grundsatz „Hier kann jeder machen, was er will“, der wird von uns nicht akzeptiert. Die Ratsgremien sind zuständig für die Gestaltung

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

unserer Gemeinde. Und wer als Grundstückssuchender unsere Vorgaben nicht akzeptiert, der muss sich seinen Wohnsitz woanders suchen. Es gibt genügend Nachfragen für unsere Grundstücke. Es darf nicht sein, dass straßenseitig die Grundstücke mit meterhohen Zäunen und Mauern eingefriedet werden. Hier müssen wir uns gemeinsam hinsetzen und eine vernünftige Grundplanung für unsere Gemeinde überlegen, die alle mittragen können. Die Verwaltung wird einen Vorschlag unterbreiten müssen, den ich hiermit einfordere.

Sozialer Wohnungsbau – günstiger Wohnraum für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Wir werden zukünftig in den Wohngebieten auch Grundstücke für Mehrfamilienhäuser anbieten, um diesen Personenkreis auch die Möglichkeit erschwinglichen Wohnraums zu gewähren; jungen Menschen, die erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen, älteren, die vielleicht nicht genug Rente erhalten, Flüchtlingen, die logischerweise noch nicht über ausreichend Mittel verfügen. Das heißt, wir müssen Regeln finden, wie wir diese Menschen unterstützen können. Der einfachste Weg ist der, den Investoren beim Kauf des Gemeindegrundstückes durch Vertrag die Miethöhe und die Mindestmietdauer vorzugeben – und zwar für alle Wohnungen, nicht nur für die der Flüchtlinge, da es ansonsten zu Neiddiskussionen und in der Folge zu entsprechenden Ressentiments gegenüber den Schutzsuchenden kommen wird. Ich gehe davon aus, dass dies der Fall ist.

Die Gemeindeverwaltung hat bereits auf der gemeindlichen Internetseite entsprechende Parameter aufgeführt und diese den in Frage kommenden Investoren und damit auch der Öffentlichkeit zukommen lassen. Ich halte es für ungewöhnlich, dass insoweit die Gremien hier nicht eingebunden waren. Das Schreiben datiert vom 04.12., im VA wurden wir unter Tagesordnungspunkt 28 im Bericht des Bürgermeisters im Nachhinein darauf hingewiesen. Die Parameter mögen ja durchaus in Ordnung sein, aber es handelt sich hier um eine sozialpolitische Regelung, deren Entscheidung bei den gewählten Ratsvertretern verbleiben muss, da sie durchaus diskussionswürdig ist, denn es gibt viele Facetten, die dabei beleuchtet werden könnten. So stellt sich schon die Frage, ob eine Mietbindung von 5 Jahre ausreichend ist. Gleichzeitig kann man durchaus auch den Höchstmietzins diskutieren. Es ist m. E. zumindest keine Sache, die von der Verwaltung allein entwickelt und umzusetzen ist. Sie gehört erst nach Abstimmung über die Einzelregelungen in den zuständigen Gremien zu den Aufgaben der laufenden Verwaltung.

Abschließend möchte ich noch kurz auf unsere Straßen eingehen. Wie überall haben auch wir Probleme und man wird sie nicht alle gleichzeitig lösen können. Wir haben ein Deckenprogramm, das wir abarbeiten. Auch wenn man manchmal der Meinung ist, dass andere Straßen wichtiger sind, als die im Konzept angegebene Reihenfolge es erkennen lässt, so mag es an der subjektiven Auffassung eines Betroffenen liegen. Trotzdem sind viele unserer Straßen, was zumindest die Bermen betrifft, nicht im besten Zustand und sollten insoweit dringend einer Sanierung überführt werden. Hierzu zählen die Straße Am Heidkamp, Am Hardenkamp, die Parkstraße, die Mühlenstraße, um nur einige zu nennen, die wegen der neuen Wohngebiete sehr stark befahren werden. Wir sollten die Möglichkeit nutzen, die Seitenstreifen mit Gitterbankettplatten zu befestigen – eine kostengünstige Alternative zur Komplettsanierung.

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

Stark befahren ist das Stichwort. Unsere Raiffeisenstraße und der Trog. Der Landkreis als zuständiger Straßenbaulastträger ist hier seit langem in Verhandlung mit der Bahn. Die Bahn, die sich zu einem Drittel an den Kosten beteiligen muss, zieht sich immer wieder auf Minimalangebote zurück - von der Übernahme der Planungskosten ganz zu schweigen. Aber es muss voran gehen. Deshalb ist es u. E. richtig, dass unsere Gemeinde einen großen Betrag für die Planungskosten aufwendet. Ob es dann zu einem Trog kommt oder ob es andere Möglichkeiten der Bahnüberquerung geben wird, das wird die Planung zeigen. Wir wollen nur, dass es endlich weiter geht.

Eins noch zum Schluss – auch wenn ich noch viel sagen könnte – aber das liegt mir noch besonders am Herzen: der Tierschutzverein Ammerland e.V. hat durch eine angebotene Erbschaft von 300.000 € die Möglichkeit, eine Liegenschaft zu erwerben, auf der ein Tierheim eingerichtet werden kann. Problem ist die dauerhafte Finanzierung der laufenden Kosten, die pro Ammerländer Gemeinde 15 bis 20.000 € jährlich betragen würde. Wir, die Rasteder SPD-Fraktion, sind nach wie vor der Auffassung, dass dieses Geld gut angelegt wäre. Wir sollten das Vorhaben unterstützen. Es zeichnet sich nämlich sehr wohl ab, dass unser bisheriges Verfahren, die Tiere an unterschiedlichen Stellen unterzubringen, auf Dauer nicht gehen wird. Nun haben wir die Möglichkeit, für einigermäßen kleines Geld eine vernünftige tiergerechte Lösung zu finden. Die Stadt Westerstede hat inzwischen fraktionsübergreifend Zustimmung signalisiert, wartet aber auf die positive Entscheidung der anderen Ammerlandgemeinden. Vielleicht sollten die anderen Fraktionen einmal mit den Antragstellern reden. Wir haben sie in unsere Fraktion eingeladen und haben so auch mal die Meinung der anderen Seite gehört. Erst dann kann man doch sachgerecht entscheiden. Und wir haben uns für ein Tierheim im Ammerland entschieden.

Ich könnte noch viel erzählen, will es aber bei dem bisher Gesagten bewenden lassen.

Wir stimmen dem Haushalt 2016 zu.

Rastede, 15. Dezember 2015

Rüdiger Kramer
SPD-Fraktionsvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -